

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

## Deutschland: Ein Sanierungsfall?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Straubhaar, Thomas (2002) : Deutschland: Ein Sanierungsfall?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/41263>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

# Deutschland: Ein Sanierungsfall?

Als Ronald Reagan 1981 Präsident der USA wurde, war die führende Wirtschaftsmacht zutiefst verunsichert. Das Land steckte in einer wirtschaftlichen Krise. 1980 schrumpfte das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um  $\frac{1}{2}\%$ . Die Inflationsrate lag bei  $13\frac{1}{2}\%$ . Die registrierte Arbeitslosigkeit überstieg die 7%-Schwelle. Der von vielen belächelte Filmschauspieler schaffte mit seinem Konzept der „supply-side economics“ die Wende. Am Ende seiner achtjährigen Amtszeit konnte Ronald Reagan auf ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von real über 3% zurückblicken. Die Inflationsrate war 1988 auf rund 4%, die Arbeitslosigkeit auf  $5\frac{1}{2}\%$  gesunken. Vor allem aber wurde während der Reaganschen Präsidentschaft das Fundament erstellt für die beeindruckende wirtschaftliche Dynamik der USA in den 90er Jahren.

Was lässt sich aus dem bemerkenswerten Erfolg der „Reaganomics“ lernen? Sicher, dass es für eine Regierung möglich ist, das wirtschaftspolitische Ruder herumzuwerfen. Sicher, dass derjenige, der in der Lage ist, zum schleichenden ökonomischen Zerfall eine ordnungspolitisch konsistente Alternative anzubieten, selbst dann hohe Zustimmung in der Bevölkerung finden wird, wenn der Aufschwung anfangs auf sich warten lässt und sich die makroökonomischen Daten möglicherweise zuerst sogar noch verschlechtern. So wurde Ronald Reagan 1984 mit einem historischen Rekordergebnis wiedergewählt, obwohl 1982 das BIP noch einmal um über 2% zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit zunächst weiter auf bis fast 10% geklettert war. Menschen sind eben bereit, kurzfristig durch ein Tal der Tränen zu gehen, wenn die langfristige Perspektive positive Erwartungen weckt.

Aber eigentlich braucht es für die Gültigkeit des Prinzips Hoffnung gar keine amerikanischen Vorbilder. Das urdeutsche Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft liefert selber ein mehr als überzeugendes Beispiel für den politischen Erfolg auch scheinbar unpopulärer ökonomischer Therapien. Die Soziale Marktwirtschaft verspricht niemandem Geschenke zu Lasten Dritter. Eigenverantwortung und Selbstvorsorge sind die Basis. Sozialstaatlichkeit erfolgt nur subsidiär. Trotzdem und gerade deswegen hat Ludwig Erhard Wahlen gewonnen. Weil er überzeugend darlegen konnte, dass die kurzfristigen Opfer – vor allem in Form harter und langer Arbeitstage bei bescheidenen Löhnen und kargen Lebensbedingungen – die unabdingbaren Investitionen für bessere Zeiten in der Zukunft waren – etwa nach dem Motto: Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen. Das Wirtschaftswunder gab Ludwig Erhard auf der ganzen Linie Recht. Zwischen 1950 und 1973 war Deutschland die Wachstumslokomotive Europas. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs in dieser Periode mit jährlich durchschnittlich 5,7% und damit schneller als in allen andern Ländern der damaligen Europäischen Gemeinschaft und auch Jahr für Jahr um fast 2% rascher als in den USA.

Die erste Mahnung kam von Mancur Olson. Er beschrieb theoretisch, wie sehr Wohlstand träge macht. Die englische Krankheit in den 70er Jahren und die US-amerikanischen Wirtschaftsprobleme während der Präsidentschaft des Demokraten Jimmy Carter waren weitere Warnsignale. Die Zeichen der Zeit wurden in den angelsächsischen Ländern erkannt. Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA begannen Anfang der 80er Jahre die von Olson diagnostizierten Verkrustungssymptome einer Wohlstandsgesellschaft mit wirtschaftlichem und politischem Erfolg aufzubrechen. In Deutschland kam es im



**Thomas Straubhaar**

---

Oktober 1982 zwar auch zu einem Machtwechsel. Der christlich-liberalen Koalition gelang es aber offensichtlich in den 16 Jahren ihrer Regierungszeit nicht, das ordnungspolitische Steuer herumzuwerfen und das deutsche Schiff auf Wachstumskurs zurückzubringen. Einige wenige Zahlen liefern für diese Kritik eindeutige Belege. Von 1982 bis 1998 wuchs das deutsche BIP real insgesamt um ein Drittel. In Großbritannien stieg es um die Hälfte, in den USA um fast drei Viertel – und damit mehr als doppelt so stark wie in Deutschland. In der selben Periode kletterte die Arbeitslosigkeit in Deutschland von 5,7% (1982) auf 9,3% (1998). In Großbritannien sank sie von 10,3% (1982) auf 6,3% (1998), in den USA von 9,7% (1982) auf 4,5% (1998).

Wie beim Fußball ist Deutschland bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ins europäische Mittelfeld abgerutscht. Was aber bei der sportlichen Nebensache zum Ausrufen eines nationalen Notstands führte, wird bei der viel wichtigeren Hauptsache entweder gar nicht erkannt oder zumindest nicht wirklich ernst genommen. Dabei sind die Zahlen wirklich dramatisch. Sie verdeutlichen auch, wie rasch ökonomische Vorsprünge schmelzen. So war 1973 das durchschnittliche, in Kaufkräfteinheiten ermittelte BIP pro Kopf in Deutschland rund 75% höher als in Irland. 25 Jahre später hatte Irland Deutschland ein- und überholt. Heute liegt das durchschnittliche reale BIP pro Kopf in Irland rund 10% höher als in Deutschland. Natürlich lässt sich zu Recht einwenden, dass Deutschland in der Zwischenzeit die Kosten der Wiedervereinigung zu tragen hatte und dass das Hinzukommen von fast 16 Mill. Ostdeutschen den gesamtdeutschen Durchschnitt der Pro-Kopf-Einkommen verwässert. Aber bereits vor dem Mauerfall war das schleichende Zurückbleiben Deutschlands Tatsache geworden.

In den letzten Jahren hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass Deutschland nicht von einer kurzfristigen Konjunkturschwäche geplagt wird, sondern vor einem permanenten Wachstumsproblem steht. Es sind strukturelle Veränderungen, die Deutschland zurückgeworfen haben. Deswegen geht es bei den Reparaturen am deutschen Haus nicht um einen neuen Farbanstrich, sondern um eine Grundsanierung der wirtschaftspolitischen und vor allem ordnungspolitischen Fundamente! Wie die deutsche Krankheit kuriert werden müsste, ist längst bestens bekannt. Die Reformvorschläge von Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstituten sind Legion. Die klugen Grundsatzprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien enthalten wichtige und richtige Absichtserklärungen. Allein, es fehlen die Taten, die den Worten folgen. Deswegen stellt sich die viel entscheidendere Frage, weshalb das heutige Deutschland einer auf dem Rücken liegenden Schildkröte gleicht, die unfähig scheint, sich nach vorne zu bewegen. Anstatt die ursprünglichen Leitideen der Sozialen Marktwirtschaft wirklich durchzusetzen, wird ein Sozialstaat konserviert, der während der letzten vierzig Jahre im politökonomischen Prozess ausuferte.

Deutschland braucht keine „neue Soziale Marktwirtschaft“. Deutschland braucht einen „neuen Ludwig Erhard“ – einen Politiker oder eine Politikerin, der oder die sich nicht scheut, den heutigen Sozialstaat auf die weit engeren Dimensionen der „alten“ Sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen. Unabhängig davon, ob Gerhard Schröder oder Edmund Stoiber Bundeskanzler wird und welche Farbe(n) die im Herbst 2002 zu wählende neue Bundesregierung haben wird, eines steht fest: Deutschland wird nicht darum herumkommen, jene Reformen durchzuführen, um die sich bis dahin sowohl die christlich-liberale wie die rot-grüne Koalition gedrückt haben. Die neue Regierung wird nicht alles besser, aber (sehr) vieles anders machen müssen. Aus der Geschichte wissen wir, dass „Aussitzen“ eine immer teurere Strategie wird, weil die Kosten der Verkrustung immer erdrückender werden.